

Schuhmacher-Fachblatt

Erstausgabe die Wochenschrift,
Dannes kommt die zur Monatzeit!

Organ der deutschen Schuhmacher

Nr. 3

Gotha, 19. Januar

1902

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenunterstützung.

Eine ausgedehnte Arbeitslosigkeit, ausgedehnter vielmehr, als sie jemals in den letzten Jahrzehnten war, ist über die deutsche Arbeiterschaft gekommen und wohl oder übel müssen sich mit ihr auch die bürgerlichen Kreise und die Behörden befassen. Die Art aber, in der das geschieht, ist ebenso lehrreich wie abschreckend.

Das hämische Zeug ist unwissenden und böswilligen bürgerlichen Politikern nicht zu duma, um es in ihrer Presse wie in Stadtverordnetenversammlungen und Landtagen mit wichtiger Miene wiederzukäuen. Da haben wir in den letzten Monaten erfahren können, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit durch die Streiks der Arbeiter verschuldet sei. Dadurch soll das Wirtschaftsleben geholt und durch die dabei errungenen Lohnerhöhungen soll die Produktion verteuert worden sein, so daß die Krise kommen mußte. In Wahrheit werden durch solche unsinnige Behauptungen die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Die große Mehrzahl der Streiks ist stets und immer durch die Haltung der Unternehmer veranlaßt worden, indem sie entweder von vornherein durch bestimmte Handlungen dazu Grund gaben oder auch die berechtigten Wünsche der Arbeiter ablehnten und zwar meistens in schroffer Form. Wären die Streiks die Ursache der Krise, so würde für deren Entschung das Unternehmertum die volle Verantwortung treffen und nichts könnte es davon entlasten. Was sodann die sinnlose Behauptung betrifft, daß die von den Arbeitern errungenen Lohnerhöhungen die Produktion verteuerten und in der Folge zum Eintritt der Krise führten, so hat man es in ihr mit einem alten Ladenaßler zu thun, der sich mehr durch sein ehrwürdiges Alter als durch Originalität und Weisheit auszeichnet. Hat sich damit doch schon vor mehr als hundert Jahren der berühmte englische Nationalökonom Adam Smith in seinem 1776 erschienenen großen Werke über den Volkswohlstand beschäftigt. Er stellt da die Frage auf, ob die Verbesserung in den Umständen der niederen Volksschichten als ein Vorteil oder als ein Nachteil für die Gesellschaft anzusehen sei? und er gibt darauf folgenden Bescheid: „Die Antwort scheint aus den ersten Blick außerordentlich einfach. Diensthöfen, Tagelöhner und Arbeiter verschiedener Art machen den bei weitem größten Teil jeder großen politischen Gemeinschaft aus. Was immer aber die Umstände des größten Teiles verbessert, kann niemals als ein Nachteil für das Ganze angesehen werden. Sicherheit kann keine Gesellschaft blühend und glücklich sein, deren meiste Glieder arm und elend sind. Ueberdies ist es nicht mehr als billig, daß diejenigen, welche die gesamte

Masse des Volkes mit Nahrung, Kleidung und Wohnung versorgen, einen solchen Anteil von dem Produkt ihrer eigenen Arbeit erhalten, um sich selbst erträglich nähren, kleiden und wohnen zu können.“ Wie richtig die Smithsche Ausführung ist, daß die Wohlfahrt des größten Teiles des Volkes niemals ein Nachteil für das Ganze sein kann, beweist gerade heute die Tatsache, daß die Krise wegen Absatzlosigkeit, wegen der ungenügenden Kauf- und Konsumkraft der Massen eingetreten ist und fort-dauert.

Adam Smith weist aber auch auf die Einseitigkeit jener Behauptung hin, indem er ausführt: „Unsere Kaufleute und Fabrikherren klagen viel über die schlimmen Wirkungen der hohen Löhne auf die Erhöhung der Preise und die daraus folgende Verminderung des Absatzes im In- und Auslande. Sie sagen aber nichts von den schlimmen Wirkungen hohen Kapitalgewinnes. Von den verderblichen Folgen der eigenen Vorteile schweigen sie und klagen nur über die Vorteile anderer Leute.“ Diese kapitalistische Heuchelei ist also alt und international und jeder, der sie abt, meint überdies noch, daß er damit einen originellen Gedanken der Welt verknüpft.

Dat die Krise nicht in den Streiks und auch nicht in den Lohnerhöhungen, woran übrigens so wie so während der besten Zeit nur ein Teil der Arbeiter Vorteil hatte, ihre Ursache, so auch nicht in der von böswilligen Arbeiterfeinden ebenfalls behaupteten angeblichen „Arbeits-scheu“ der Arbeiter, wodurch die Ausführung von Aufträgen verhindert oder verschleppt worden sein soll und endlich auch nicht in der mit gleicher Böswilligkeit behaupteten angeblichen „Niederlichkeit“ der jugendlichen wie der erwachsenen, der männlichen wie der weiblichen Arbeiter. Letztere Behauptung, die ein nationalliberaler Bijouteriefabrikant aus Pforzheim im badischen Landtage aufstellte, ist auf demselben Mißtrauen des selbstüberhebenden und volksverachtenden Reichstums gemacht, wie der Arminische Zwischenruf von dem „Vater, der alles verdrunken hat“. Aus solchen Äußerungen spricht eine wahre giftige Wut der Festenden gegen die Beschäftigten, eine roh, abstoßende Mißgunst, ein erschauerndes Leid und ein widerwärtiger Geiz gegen die emporstrebenden, nach Lust und Licht ringenden Arbeiter, die für alle Zeiten in dem Sumpfe der Niedrigkeit, der Demut und Unterthänigkeit, der Willenslosigkeit und Charakterlosigkeit bleiben sollen. Eine solche Auffassung der Stellung der Arbeiter ist seitens der Schlot- wie der Krautjunker nicht nur gemein, sondern auch dumm, denn die gewerbliche wie die landwirtschaftliche Produktion ist auf Massenabstoß angewiesen, der aber Kauf- wie konsumkräftige Volksmassen zur Voraussetzung hat. Im übrigen sind die Vorwürfe der Festenden gegen die Beschäftigten wegen

ihrer angeblichen Vergnügungs- und Verschwendungssucht die unverkennbarste Heuchelei, da sich die Arbeiter selbst in der besten Zeit an den höchsten Festtagen nicht bieten können, was jene an jedem Tage haben.

In innigstem Zusammenhang mit dem gegen die Arbeiter erhobenen Vorwurf der „Niederlichkeit“ in Gestalt der Trunksucht, Vergnügungssucht und Verschwendungssucht steht der andere, der immer wiederkehrt, daß die Arbeiter nicht sparen. Das „Sparen“ ist das soziale Um und Auf gewisser Kreise, das Mittelmittel gegen alle Zeitkrankheiten. Ohne weiteres wird vorausgesetzt, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in der Lage ist, zu sparen und darum wird gar nicht erst darnach gefragt, ob sie dazu auch in der Lage sind. Und gespart werden soll für alle möglichen Zwecke: Für die Zeit der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsunfähigkeit von Krankheit und Unfall, wo zu der unzureichenden Unterstützung noch etwas zugefügt werden soll, für das Alter, für die Hinterlassenen im Todesfall u. v. m. Weil die Leute, welche immer den Arbeitern das Sparen predigen, selbst in der angenehmen Lage sind, für alle Notfälle des Lebens vorzusehen, fordern sie daselbe ohne weiteres auch von den Arbeitern. Tritt nun eine Notlage ein, wie eben jetzt infolge der Arbeitslosigkeit, dann wird in den kleinen wie großen Parlamenten die alte Sparteorie heruntergeleiert und den Arbeitern immer wieder vorgehalten, daß sie hätten sparen und so auch die in Gemeinde und Staat herrschenden Kreise von der Sorge verschonen sollen, wie nun zu helfen sei.

Wir sind nun durchaus keine Gegner des Sparens und weder dieses Blatt noch der Verein deutscher Schuhmacher hat jemals die Aufforderung erlassen, nicht zu sparen; im Gegenteil erblickten wir gerade im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit einen Vorteil darin, wenn der Arbeitslose in einigen Ersparnissen etwas Rückhalt hat und sich daher nicht aus Hunger und Not zur Lohnbrückerlei hergeben muß. Aber um sparen zu können, muß man aber die Kosten einer ordentlichen Lebenshaltung hinaus etwas übrig haben und in dieser glücklichen Lage dürfte sich nur ein sehr kleiner Teil der Arbeiter befinden. Im übrigen ist die vernünftige und rentabelste Sparfamkeit für den Arbeiter diejenige mit seiner Arbeitskraft, die er nur gegen möglichst gute Bezahlung und für nur möglichst kurze Zeit vermieten soll, um sie recht lange frisch und leistungsfähig zu erhalten.

Die ganze bürgerliche Sparteorie wird freiwillig wieder über den Haufen gemorfen, wenn, wie es im Magdeburger Stadtparlament geschah, ein Millionär eine andere Theorie aufstellt, nach der die „Not eine Notwendigkeit“ ist. Diese Lebensweise würde ja durch proletarische Sparsamkeit im Sinne ihrer bürgerlichen Vertreter völlig widerlegt. Doch ist dies nur ein scheinbarer Widerspruch. Denn bei Millionen von Arbeitern

Die göttliche Vorsehung und der unerforschliche Ratschluß.

Die Vorsehung ist eine der wichtigsten Eigenschaften, welche die göttliche Theologie dem von ihr konstituierten Gottesgebilde zuschreiben hat. Viele Eigenschaften macht aber gerade die göttliche Natur dieses Gottesgebildes aus. Sie ist aus einem göttlichen Mangel an Unvollkommenheit und ist eine ebensolche Vollständigkeit der Auffassung und des Urteils voraus. Sie ist gerade wie geschaffen, das unbegreiflichste Wissen habende göttliche Gottesgebilde, dieses Mangel der theologischen Phantasie, vollständig in Mitleid zu bringen. Der unerschöpfliche Ratschluß soll der Mangel zur Bedeckung dieser Mängel sein; der Mangel ist aber so löblich, daß die Mängel überall hervorzuweisen. Man begreift wahrlich nicht, wie man noch immer an dieser Eigenschaft festhält, die aus Rücksichtslosigkeit, sobald als möglich dem Todschweigen hätte überlassen und aus jenem Gottesgebilde hätte ausgegliedert werden müssen. Unsere Sache ist es aber nicht, die Vorsehung der Theologie zu spielen.

Die Weltgeschichte ruft nirgends den Einbruch einer Vorsehung, das heißt einer Vorsehung, wie sie sein möchte, hervor. Überall da gerade Gegenteil! Der Mensch ist vom Geschickspunkte oder von der Höhe einer idealen Vorsehung mit seinen Fehlern und Mängeln ein mißlungenes Werk. In der Urzeit der größten Glückseligkeit preisgegeben, eine Beute der reißenden Tiere, ein Spielball der Naturkräfte, ist er überall von der Vorsehung im Stich gelassen, bis es ihm mit Hilfe des Feuers gelang, einzusetzen sich der Naturerzeugnisse zu bedienen und andererseits seinen Fuß in der Natur durch Geschäftigkeit zu fassen. Das hat aber nach Analogie der geschichtlichen Entwicklungen viele Jahrtausende in Anspruch genommen, die mit ihren ewigen Kämpfen und Widen wahrlich nicht an ein goldenes Zeitalter erinnern. Nun könnten die Theologen kommen und sagen, daß Gott das Feuer

erschuf, das war Vorsehung! Wie aber dachten und gingen die Theologen der Urzeit zu Werke? Sie verleierten die Menschen zum Opferbringen, lenkten ihre Aufmerksamkeit von der Wirklichkeit ab und verwirrten ihren Sinn durch Phantasiegebilde. Die heutigen Theologen, an deren Stelle gesetzt, würden nicht anders gehandelt haben; sie würden den damaligen Menschen auf Gottes Hilfe, anstatt auf seine eigene hingewiesen haben.

Der Kürze halber lassen wir die Urzeit auf sich beruhen und gehen zur historischen Zeit über.

Ägypten war der älteste und am gleichmäßigsten ausgebildete Kulturstaat des Altertums. Viele unserer wichtigsten Gebräuche, Fertigkeiten, Wissenschaften und Künste: Pflanz, Web, Weben, Tischlerei, Schreiner, Baukunst, Handspinnerei, Weberei, Holzschneiderei, Baukunst, Bildhauerei, Farbenmalerei, Schrift (Hieroglyphen), Geometrie, Astronomie, Medizin u. waren dort bekannt und geübt, wenn auch nicht am Anfang in der heutigen Vollendung. Auch in ethischer Hinsicht hat das ägyptische Volk höher als die andern damaligen Völker, besonders das Volksgenossen in einer Ausbildung, wie sie sonst nirgends gefunden wird. Vorsehung könnte man sagen. Wie ist es denn aber mit dem Einfall der Hyksos, der assyrischen, persischen und römischen Überwältigung mit den damit verbundenen Herabsetzungen und Verwüstungen? Unerforschlicher Ratschluß könnten die Theologen antworten. Bleibet, damit das jedenfalls schon beschriebene Christentum nicht zu sehr in Schatten gestellt werden könnte.

Das künstlerische und so angelegt am höchsten lebende Volk des Altertums waren die Griechen. Ihre Plastik ist, wenn in der Gegenwart von einzelnen Meistern erreicht, aber nicht übertraffen. Ihre Philosophie ist auch heute noch nicht veraltet, wenn auch überholt. Wissenschaftsbereit, Dichtkunst und verschiedene Naturwissenschaftszweige erstreckten sich bereits breitenbester Pflege. Die Römer traten das Erde dieser glänzenden Höhe an, förderten die Naturwissenschaften, Geschichte und Dichtkunst, ließen jedoch in der Plastik gegen die Griechen weit zurück, wogegen sie aber in der Malerei mehr leisteten und sie auch in der Baukunst über-

trafen. Vorsehung etwa wieder die einzig dastehende Mitleidlichkeit des klassischen Altertums?

Wissen wir diese Frage einwilligen und beantworteten und demgegenwärtigen und die nun eintretenden welt- und kulturhistorischen Ereignisse und Zustände.

Die Kultur des klassischen Altertums wird durch die Völkerwanderung der Völkerwanderung fast bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Inzwischen ist das Christentum erschienen. Es sollte das Licht der Welt sein, aber es trat unter ihm eine Finsternis ein, wie sie noch nie geahrt hatte. Es sollte „Frieden auf Erden bringen und den Menschen einen Wohlgeruch“, aber nur eine Vermehrung der Kriege trat ein und niemals war es den Menschen so schlimm ergangen als jetzt. Es sollte Erlösung vom Übel kommen, aber es kam nur eine Vergroberung des Übels. Verbreitung des Christentums mit Feuer und Schwert unter den Schwänen, Slaven, Deutschen, Amerikanern; die Religionskriege gegen die Mahomedaner, Hindus, Protestanten, der Schmalkaldische und dreißigjährige Krieg. Inquisition, Hexenprozesse und Pest traten ihre Furcht ein. Eine Bevölkerung und Entfaltung trat ein, die aber Verwüstung hinterließ. Freiheit der Große trat einmal den Ausbruch, durch das Studium der Geschichte wurde man zu der Ueberzeugung geführt, daß von Konstantin dem Großen an (das heißt seit der Verfallung des Christentums) die ganze Welt wahrhaftig gewesen ist. So viel ist sicher, daß wenn das Christentum von Uranfang wäre eingeführt worden, weder eine ägyptische noch klassische noch sonstige Kultur aufkommen würde. Man könnte darin eine Art Vorsehung erblicken, das dies nicht geschehen ist, denn sonst hätte das Christentum nicht auf das klassische Altertum zurückgreifen und dadurch Rettung aus jenen greuelichsten Zuständen finden können. Dies war die sogenannte Renaissancezeit seit dem fünfzehnten Jahrhundert. Natürlich, ein Amusements ist inbegriffen, daß die christliche Welt das Christentum zum Vorbild nehmen mußte.

find in der That Not und Spararmut immer beisammen, da sie mit ihrem kargen Verdienst sehr sparsam wirtschaften müssen und dabei die Not doch nicht los werden. Aber prächtig steht es den Reichen, steht es einem Millionär, der im Ueberflusse schwelgt, schon an, zu erklären, daß die Not eine Notwendigkeit sei! Und diese Theorie erleichtert für sie auch die Behandlung der Arbeitslosfrage. Denn wenn die Not eine Notwendigkeit ist, warum soll man dann Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffen? So kommt man zu der Markttheorie, wonach die Natur einfach nicht für alle den Tisch gedeckt hat und Arbeitslosigkeit, Armut, Not und Elend notwendig seien, um der Ueberfüllung abzuwehren und so die ganze Bevölkerungsfrage auf die einfachste Weise von der Welt und zum Nutzen aller zu lösen. Dagegen hat aber schon Heinrich Heine seine prächtigen Verse gemacht:

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Und Rosen und Myrihen und Schönheit und Lust,
Und Südereisen nicht minder.
(Schluß folgt.)

Aus unserm Beruf.

— **Bausdorf.** Wegen Lohnverweigerung bei den Zwickauer Hütten war ein Streik kürzlich von **Campré** aus. Die Streikenden wegen Lohnverweigerung entstanden. Schlichter Einarbeiter wurden gekündigt. Zugleich streikten auch die Berliner. In Guben der von den organisierten Kollegen Berlin für das kommende Frühjahr beschlossenen Lohnverweigerung stand jüngst eine öffentliche Schuhmacherverammlung. In der die früher schon beschlossene Lohnkommission der reduzierten Minimallohntarife vorlegte. Darnach wurden für einzelne Artikel, z. B. für gemachte Sohlen, da sie ohnehin fast nirgends mehr einzugehen werden, die Löhne herabgesetzt, andere Positionen des Tarifs dagegen erhöht. Um die verschiedenen Tarife entspannen sich eine lebhaft Debatte, in der namentlich auf die Konkurrenz der Beschäftigten, deren es bereits über 1800 gibt, hingewiesen wurde, welche die Durchführung höherer Löhne im Schuhmacherhandwerk sehr erschweren. Der Minimallohn soll in kürzester den Meistern vorgelegt werden; falls diese ihn nicht anerkennen, soll anfangs März die allgemeine Arbeitseinstellung erfolgen.

— In den **Ostpreussischen Schuh- und Schiffschiffen** waren im Jahre 1899 710 Arbeiter und 450 Arbeiterinnen beschäftigt und diese Zahlen dürften wohl heute noch zutreffend sein, wahr scheinlich aber eine weitere Erhöhung erfahren haben. Nach der Abrechnung für das 3. Quartal 1901 gehörten der Bahnhofs Ostpreussische des Vereins deutsche Schuhmacher 488 männliche und 17 weibliche Kollegen als Mitglieder an, so daß erhebe rund 60 Prozent der Kollegen überhaupt, letztere aber nur 4 Prozent ausmachten. Unsere Ostpreussischen Kollegen sind demnach sehr schlecht organisiert und thäte da Besserung bedingend sein. — Noch ungenügender ist das Verhältnis in **Wismar**, wo 1899 4970 männliche und 2265 weibliche Kollegen in den Schuh- und Schiffschiffen beschäftigt, im 3. Quartal 1901 aber nur 724 bzw. 51 im Verein deutscher Schuhmacher organisiert waren; erstere machten demnach 16 Prozent, letztere aber nur 2 Prozent aus. Da wartet noch viel Agitations- und Organisationsarbeit.

— **Opposition der englischen Schuhmacher gegen neue Maschinen.** In einem Präsenzialblatt lesen wir: In dem Die Hand, Vorwärtshilfe, bestehen große Schuhfabriken, die hauptsächlich die Verfertigung für die englische Armee haben. Da in letzter Zeit diese Fabrikanten häufig ihre Bestände nicht halten konnten, beschloßen die Unternehmer, wie der Daily Telegraph mitteilt, neue arbeitssparende Maschinen einzuführen. Die Folge dieses Beschlusses war ein Ausbruch der Arbeiter, die sich weigern, mit diesen Maschinen zu arbeiten. Der Daily Telegraph bemerkt dazu: Das Material der modernen Industrie ist das Material der Maschinenproduktion. Die Arbeiterschaft in dem Gebrauch des mechanischen Prozesses bedeutet gleichzeitig die Verfertigung auf den Weltmärkten. Der Geist, der in diesemutage nicht kann dieses Ziel ebenso wenig zum Gelingen bringen, als es Frau Bartington gelang, die Füllen des Atlantischen Ozeans mit einem Bein aufzuhalten. Die Arbeiter und die Nationen, denen die industrielle Kultur gehört, werden die sein, die am schnellsten bereit sind, neu erfindende Maschinen anzunehmen, und die sie am besten ausführen. Wenn die Arbeiter in Amerika und Deutschland in dieser Hinsicht schneller bereit sind, mit dem Kapital zu arbeiten, als die englischen Trade Unions, so werden wir in einem Geschäftsweg nach dem andern unterbieten werden und einen Markt nach dem andern verlieren. — Die Opposition der Arbeiter gegen neue Maschinen ist erfahrungsgemäß nicht von langer Dauer, die Arbeiter müssen schließlich nachgeben. Worauf es beim technischen Fortschritt für die Arbeiter ankommt, ist, darauf auch für sich selbst möglichst Nutzen zu ziehen und zwar in Gestalt der Besserung der Arbeitszeit und der günstigen Gestaltung der Lohnverhältnisse.

— **Aus der amerikanischen Schuhmachervereinigung.** Nach der „New Yorker Volkszeitung“ haben die Beamten der „National Boot and Shoe Workers Union“ (Nationale Stiefel- und Schuharbeiter-Union) im Monat September die Arbeiter von 16 Schuhfabriken organisiert und dadurch für den Bestand nahezu 2000 neue Mitglieder gewonnen. Im Oktober haben zwei Organisationen der Union auch im Staate New York erfreuliche Resultate erzielt und dem Kontrollrat der Schuhfabriken den Eingang verweigert. — Mit 2109 gegen 261 Stimmen wurde kürzlich in einer Versammlung die Einführung der Kranenunterstützung beschlossen. Die am 1. Februar in Kraft tritt und 5 Dollar (20 Mk.) pro Woche beträgt. Demnach entwickelt sich auch die amerikanische Schuhmachervereinigung recht befriedigend.

Zur Generalversammlung.

Die Zeit ist nicht mehr fern, wo das Schuhmacher-Parlament zusammentritt und über viele sehr wichtige Fragen zu verhandeln und zu entscheiden hat. Ich hätte nicht gedacht, daß die Generalversammlung schon zu Orléans tagen würde, erklärte doch Kollege J. Simon auf der Düsseldorf-Konferenz vorjahren Jahres, daß die nächste Generalversammlung erst nach Pfingsten stattfinden, deshalb möge auch die Konferenz etwas später wie sonst tagen, damit sie sich über die Kandidaten der Delegierten zur Generalversammlung einige, um eventuelle Schwierigkeiten und sonstige Schwierigkeiten zu verzeihen. Aber mit der Verzögerung dieser Worte wird wir ganz gehörig überempfindlich worden, um wir müssen deshalb unsere Wahlen vornehmen, bevor unsere Konferenz tagt. Eine der wichtigsten Entscheidungen auf der Generalversammlung wird wohl das wiederholte Obligatorium der Arbeitslosen- und Kranenunterstützung sein, von welchem ich bis dato ein Gegner war. Die Frage des Abkündigungsschutzs unseres Vorstandes ist gewis auch eine recht wichtige, und ich muß mich diesmal mit der Meinung der Kollegen vollkommen einverstanden erklären. Wenn J. B. das Obligatorium in Magdeburg mit 4 Stimmen Mehrheit angenommen worden wäre, so würde eben feststehen, daß nicht die Mehrheit der Delegierten dafür

gestimmt hätte, da doch unsere drei Beamten noch dem Realismus und dem Fortschreiten des Anschlusses — und zwar ganz mit Unrecht — die Majorität gebildet hätten. Ich bin der Meinung, daß wir von unserer Forderung der Demokratie abgehen, wenn wir unteren Ministern noch längere Zeit das Stimmrecht lassen. So gut wie ein Minister im Reichstage bloß die Regierung und deren Gesetzesvorlagen zu vertreten und sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen hat, gerade so gut können auch wir unteren Beamten nicht mehr gestatten. Was würden unsere Genossen im Reichstage sagen, wenn ein Volksabgeordneter, Säwlow u. dergl. sich an der Abstimmung beteiligen würden? Es ist also unheimlich, wenn sich die betreffenden für Kollegen an der Abstimmung beteiligen lassen, dann haben sie auch ein Recht dazu.

Nun zu dem Obligatorium selbst. Das steht fest, daß die große Mehrheit unserer Mitglieder gegen das Obligatorium ist, daß aber auch ein großer Teil derjenigen Mitglieder, welche bei der Abstimmung für dasselbe gestimmt haben, trotzdem kein Verlangen nach Unterstufung hat; denn würde das doch der Fall sein, so würden unsere fakultativen Klassen mehr Mitglieder haben und der Beitrag würde an legitimem Institution nicht viel höher kommen, als was der erhöhte Vereinsbeitrag bei eventuellen Annahme des Obligatoriums betragen müßte. Eher lieber hätte ich die Meinung derjenigen Mitglieder, welche bei einer Annahme des Obligatoriums den Beitrag auf 40 Pfg. erhöht wissen wollen; denn das wir mit 30 Pfg. nicht auskommen können, ist zwar, insbesondere bei einer niedergebenden Geschäftslage, wie sie gegenwärtig besteht. Und was würde es dann durch die Beitragserhöhung von 30 auf 40 Pfg. für einen eminenten Rückschlag unserer Organisation geben? Wenn ein Kollege in einer Versammlung einen Vortrag hält, dann hat er ja auch Agitation treiben, wenn aber ein Mitglied sich an die persönliche Agitation bezieht, wie es wissen wie schwer es ist, schon bei einem Beitrag von 20 Pfg. Mitglieder zu bekommen, und unsere Mitarbeiter wissen doch, es am besten mit, welche Mühe es kostet, die Beiträge einzulagern. Ich behaupte, trotz eines Vorstandes, eines „Fachsblatt“ und „Barih, welche immer bei dem Hauptziel, das Obligatorium würde die Mitglieder mehr an den Verein festhalten, das bei einer Beitragserhöhung auf 30 oder 40 Pfg. die Fluktuation noch mehr verschärfen würde wie heute. Den Beweis gibt uns am besten der deutsche Metallarbeiterverband; ja ich bestreite die Meinung, daß wir bei einer Beitragserhöhung von 10 oder 15 Pfg. viel mehr Mitglieder hätten und wohl fast dasselbe leisten könnten wie heute.

Kollege J. Simon hat auf der Nürnberger Konferenz von zwei Klassen gesprochen und zwar sollte es in der 1. Klasse bei einem Beitrag von 30 Pfg. 3 Mk., in der 2. Klasse bei einem Beitrag von 40 Pfg. 6 Mk. geben. Nun das ist ja bezeichnend für uns alle schon gegenüber den Industriellen, wenn wir einem arbeitlosen Mitgliede bei Einführung dieser Unterstufung 3 Mk. bieten würden. Oder sollen die 3 Mk. vielleicht den Unterhalt geben, wenn ein Kollege in der Fabrik die Agitation betreiben will, das dann eine Unterstufung eintritt, wenn dieser Mann auf's Wasser steigt? Das behaupten ja bekanntlich die Befürworter des Obligatoriums so sehr. Der Arbeiter in unserem Beruf kann eben nicht mehr leisten 5 Ujutage, wenn er sich etwas odenklich leisten und ernähren will, wenn er sein Parteiorgan lesen und der politischen Organisation angehören und wenn er die vielen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe unterstützen und die Versammlungen besuchen will, und dies alles fordern wir doch von dem organisierten Arbeiter.

In Nr. 31 des „Fachsblatt“ von 1900 schreibt Kollege Genuong mit Recht, daß wir bei Einführung des Obligatoriums jedem arbeitlosen Mitgliede einen Kontroller begeben müßten. Dies läßt hauptsächlich bei den Schuharbeitern in Betracht, denn da wäre einer leicht in der Lage, ein so wichtiges Element zu spielen, um jedes Jahr neben jedem Arbeit der Arbeitslosenunterstützung zu bestehen. Man soll doch den kleinen Fahrlässigkeiten noch mehr Schärfe bringen, denn sie sind jetzt schon gefährlich, wenn sie die Bevollmächtigten und dergleichen Arbeiter befallen. Aber auch mit Mitgliedern, welche im Handtuch schlüpfen die sind, müßten wir rechnen, da sie sehr oft keine Buchhalten hoch halten, bei der Einführung des Obligatoriums aber keinen Ruß haben. Es wird immer auf die so gut eingerichteten Buchhalter und Materialarbeiter vorzuziehen, hingewiesen, sie werden als Muster empfohlen. Aber unsere Organisation verliert unter Beruf mit den obigen einmal vergleicht, der weiß, daß es im Innern der Proletariatklasse noch mehr Klassen gibt, und das wir fast nur niedrigen Klasse gehören, wir wohl niemand bestrafen können. Aus allen diesen vielen Gründen, die man heute gegen das Obligatorium anführen kann und noch könnte, mögen die Mitglieder nur solche Delegierte entsenden, die auf der Generalversammlung gegen dasselbe stimmen, denn sonst könnte aus unserer Organisation in der Zeit der wirtschaftlichen Krisis der reinste Unterstufungsverein werden.

Auch fehlt mir die Begeisterung für die Anstellung von Reizbeamten, der Jura würde versucht werden, denn ein Einzelner kann nicht soviel leisten als wie eine Kommission, wo mehrere Leute, die die Provinz gut kennen, beisammen sitzen. Auch würde die Aufbringung von Mitteln das schwierige sein, denn aus der Hauptkasse können wir nichts thun, sonst würde es nicht lange dauern, da hätten wir paar Schuhmacher über ein Duzend Beamte zu besetzen. Wenn die größeren Bahnhöfen wie Berlin, Weipensfeld u. Beamte anstellen, dann können sie es ja thun, denn sie können ja von den 20 Prozent, die am Orte verbraucht werden, leicht einen bezapfen. Berlin thut es, wie ich weiß, ja schon, bloß Weipensfeld hat, trotzdem die Einnahmen größer sind als in Berlin, die Unterstufung zum Zentralverband noch nicht. Seit einem Jahre hat die Bahnhöfe Weipensfeld durch die 20 Prozent eine Einnahme von 2475,19 Mk. Man müßte meinen, von dieser Summe könnte doch der Beamte bezahlt werden, doch nein, sie bekommen noch laut Abrechnungen 607,54 Mk. an Gehaltszuschuß vom Zentralverband. Hier ist es unangenehm, wie in Weipensfeld finanziell gearbeitet wird und bedarf wohl der Aufklärung. Für Punkt 7, Pensionierung von Vereinsbeamten, kann ich mich nur erwidern und hoffentlich ist die Generalversammlung durch Annahme dieses Punktes diese Frage. Somit hätte auch ich einmal meiner Meinung Ausdruck geben.

Düsseldorf.

W. Lieke.

Das Obligatorium oder das „Schmerzkind“.

Ueber dieses Thema ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, aber wohl kann es nicht werden, denn die Kollegen sind noch in vielen Punkten im Unklaren, und weil wir nun so kurz vor der Generalversammlung stehen, möchte ich mir auch einige Seiten vom Standpunkt der Schuharbeiter erlauben.

Das hat ein Schuharbeiter für einen Nutzen von der Arbeitslosen- und Kranenunterstützung, wenn sie streng und richtig gehandhabt wird? Ich sage mir zu z. B. wenn, dann ist ein Schuharbeiter arbeitslos? Doch höchstens, wenn er auf Wandererschaft geht, und dazu ist die Unterstufung doch genug. Darum ist es nicht, und auch nicht sehr spürbar, bis die Schuhmacher so weit emvickelt ist, daß alles in fabriktätigen Betrieben hergestellt wird.

Die Heimarbeiter sind noch schwerer kontrollierbar, das Simulantenium wird überhand nehmen. Die Schuharbeiter sind doch nicht dazu da, die Taschen für andere zu tragen, und wenn man nur wenig Arbeit hat und selber in Not ist, dann werden die Schuharbeiter immer das höchste Ansehen haben, das haben wir doch schon genug erhalten. Ich will bloß den Fall „Reumünster“ vom Jahre 1900 anführen.

Die Opfer, die wir jetzt für die Organisation leisten müssen, sind genügend hoch, es ist jetzt schon schwer, neue Mitglieder zu bekommen, und wenn die Beiträge bei dem Obligatorium der Arbeitslosen- und Kranenunterstützung beibehalten werden, dann wird es erst recht schwer werden, welche zu bekommen. Ich bin überzeugt, daß wir mindestens 30 bis 40 Bahnhöfen verlieren werden, fast so viele zu gewinnen. Gerade aus diesen Gründen kommen die Arbeitslosen bei Fabrikantenhänden her. Ein Schuhmacher, der 9 Mk. und 12 Mk. durchschnittlichen Monatsverdienst hat, ist nicht instand, mehr auszugeben, das gewerkschaftliche Leben wird bekommen. Wir hatten noch im Jahre 1890 in Mecklenburg 15 Bahnhöfen mit 303 Mitgliedern und jetzt bloß noch 6 Bahnhöfen mit 85 Mitgliedern, und sobald die Beiträge erhöht werden, werden diese 6 Bahnhöfen von der Bahnhöfe verschwinden, und so wie hier, wird es anderswärts auch gehen.

Wir haben ja die fakultative Arbeitslosenunterstützung, wer hindert jemand, da beizutreten, oder wenn man, daß man beim Obligatorium mit niedrigeren Beiträgen wegstommt? Quers mag es wohl sein, wenn wir aber bis zu nächsten Generalversammlung gekommen sind, dann wird es wieder Erhöhung der Beiträge heißen. Darum, Kollegen, seid auf eueres Gut und wählt solche Delegierte, welche gegen das Obligatorium und gegen jegliche Erhöhung der Beiträge stimmen.

Das Abkündigungsgeld muß der Hauptverwaltung bei der Generalversammlung beschritten werden. Sie können sich ja als Delegierte wählen lassen.

Die Frage des Obligatoriums mit Erhöhung der Beiträge kann vom richtigen Standpunkt nur durch Unterstufung gelöst werden, wenn die Hälfte der Mitglieder, die am Schluß des Quartals sind, sich dafür erklären.

Wie ein Dresdener Fabrikantenschwamer lebt.

In unserm Dresdener Parteiblatt „Sächsische Arbeiter-Zig.“ lesen wir:

Die durchbare Not, die infolge der Arbeitslosigkeit in mancher Proletarierfamilie herrscht, auch nur annähernd zu schildern, ist unmöglich. Aber selbst Arbeiter, die das ganze Jahr Arbeit haben, können bei der ungenügenden Beschäftigung, die infolge der unsrei willigen Ruhepausen das Einkommen der Arbeiter unter das Existenzminimum herabdrücken, kaum die bittere Not von ihrem Haushalt abwehren. Wie es in monden Haushalten aussieht, und wie gelebt werden muß, um nur durchzukommen und nicht die Armenunterstützung in Anspruch nehmen zu müssen, davon gibt uns eine Fußprobe eines in der Schuhfabrik beschäftigten verheirateten Arbeiters, der seit einem Jahre ganz genaue Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben gemacht, ein Bild. Der Mann hat zwei Kinder und wohnt wegen der billigen Miete in der weiteren Umgebung Dresdens, arbeitet aber in Dresden. Die Ziffern sprechen für sich selbst.

Einnahmen:	
Brodienst im letzten Jahre	696,36 Mk.
Ausgaben:	
Fahrgeld	96 Mk.
Wetzing	120 "
Feuerungsmaterial	53 "
Steuern	11 "
Jede Woche 1 Mk. für kleine Bedürfnisse des Arbeiters	52 " 381,-- "

865,86 Mk.

Von dieser Summe müssen nun alle übrigen Bedürfnisse der Familie bestreut werden: Kleidung, Lebensmittel u. s. w. Auf den Kopf der Familie kommen pro Tag 25 Pf. Da kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie es in einer solchen Familie hergeht. Und wenn er 5 Mk. mehr verdient, geht es zu den „tragfähigen Schultern“, denen ein 50prozentiger Steuerzuschlag genau so aufgehört wird wie dem Millionär, der oft in einem einzigen Tage so viel für ein Frühstück verbraucht, wie dieser Arbeiter mit seiner Familie in einem ganzen langen Jahre verbrauchen kann. Das ist Gerechtigkeit! Und die Majorität treiben auch nach dem mageren Gehaltel und solchen armen Familienwätern ihre raffigieren Hände aus und verlangen ihren Lohn von dem schmalen Wästen Brot, den er seinen Kindern geben kann. Fürwahr, diese paar trocknen Zahlen reden eine aufreizende Sprache und legen jedem Einseitigen die Frage nahe: Ist das eine vernünftige Gesellschaftsordnung, in der trotz harter Arbeit ein Familienvater nicht instande ist, seine Familie ausreichend zu nähren und zu kleiden, und trotzdem noch zu gunsten der Großgrundbesitzer, die viele Laufende auf dem Rennplatz, am Spielplatz und mit Wästereien an einem Tage verdienen, von einem mageren Einkommen abgeben muß?

Wir möchten ganz bemerken, daß dieser Jahresverdienst von 696,36 Mk. der einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 13,20 Mk. ergibt, wieder ein bezeichnendes Schlaglicht auf die bescheiden immer wiederkehrende Bedenken mancher Schuhfabrikanten von den „hohen“ und „höchsten Arbeitslöhnen“ weist. Manchem Unternehmer scheint eben jeder Hungerlohn ein „höherer Lohn“ zu sein. In Bezug auf die Höhe ihrer Geschäftsgewinne werden dieselben Herren aber eine ganz andere Auffassung; ihre Profite mögen noch so hoch sein, so nennen sie sie doch nie „hoh“ und „höchste Gewinne“.

Soziale Bundesbau.

Das neue Gewerkegesetz ist mit dem 1. Januar in Kraft getreten. Die wichtigsten Neuerungen derselben bestehen in der Zwangs-Vorsicht für Errichtung von Gewerkevereinen an allen Orten mit mehr als 20000 Einwohnern, die fakultative (freie) Zulassung der Korporationsverhältnisse, sowie die Verpflichtung freier Parteien, bei Kollektivstreiks vor dem Einigungsamt zu erscheinen.

Die Kranenunterstützung der Heimarbeiter in Berlin ist mit dem 1. Januar eingeführt worden, wodurch weit mehr als 100000 Personen dieser Fürsorge teilhaftig werden. Bisher waren die mittellose Heimarbeiter in Krankheitsfällen auf Armenunterstützung angewiesen. Nicht weniger wichtig erscheint und die in dem bezüglichen Berliner Ortstatut enthaltene Befreiung der Beschäftigten von allen Steuern, die die Heimarbeiter, deren Einkommen 1500 Mk. nicht übersteigt, als ob die anderen mit mehr als 1500 Mk. eine Armenunterstützung in Krankheitsfällen nicht nötig hätten.

Gegen die Heimarbeiter richtet sich eine Verordnung der sächsischen Regierung zu Händen des Leipziger Stadtrates, wonach Arbeiter, bei denen Blei und Bleipreparate verwendet werden, nicht in Wohn- und Schlafstätten vorgekommen werden dürfen. Sodann enthält die Verordnung für alle Betriebe, in denen solche Arbeiter vorgekommen werden, Vorschriften über Mittel, welche und Schwämme, die in etwas weiterer Verweilung den Bundesratsvorschriften von 1893 über die Einrichtung der Bleifabriken entsprechen. Die Verordnung tritt am 1. Februar in Kraft. Für Verbreitung ihrer Bestimmungen ist neben der Befreiung die eventuelle zwangsweise Betriebsuntersuchung angeordnet.

Der neue Feldzug gegen die Gewerkschaften. Die leinlichen aber zielbewußten Verfolgungen der Gewerkschaften durch Polizei und Gerichte sind in Deutschland seit jeher nicht unbekannt, doch hat es hierin im Laufe der Jahrzehnte wiederholte Rückschläge gegeben, indem einmal eine zeitweilige gewisse Zolenzur gelang, dann aber mit frischer Kraft und neuer Rücksichtslosigkeit vorgegangen wurde. Die schlimmsten Vertriebenungen der Gewerkschaften, Gestaltungsgeß und Ausschluß. Seit Monaten ist ein neuer Feldzug gegen die Gewerkschaften im Gange, der in

